
Hilfloses Europa

Erhard Busek

Wer ein aufmerksamer Beobachter des politischen Geschehens auf unserem Kontinent ist, dem kommt dieser schmerzliche Hinweis von Robert Musil in den Sinn. Er sprach allerdings von einem Europa, wie er es nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerbrechen der großen Reiche erlebt hat. Es ist hilflos in jene Konfusion zerfallen, die uns schließlich nicht nur die totalitären Systeme von Hitler und Stalin, den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg beschert hat. Daraus erwuchs die Erfahrung, daß nur ein gemeinsamer Weg Frieden, Stabilität und die Zukunft der Europäer garantieren kann. Man muß der gegenwärtigen Kritik an Europa entgegenhalten, daß wir ohne die Nachkriegsgeneration und ihren Vorstellungen zu einem bleibenden Frieden zunächst im Westen des durch den Kalten Krieg geteilten Kontinents, durch die Aufhebung traditioneller Konflikte (Frankreich, Deutschland) und schließlich den mutigen Schritt, die transformierten Staaten des ehemaligen Sowjetblocks mit an Bord zu nehmen, gar nicht die Chance hätten, etwas desperat die Vorgänge zu beobachten, die deutlich signalisieren, daß wir mit den anstehenden Problemen noch nicht fertiggeworden sind. Um es deutlich zu sagen: Es ist nicht berechtigt und es ist auch nicht der Zeitpunkt dazu, vom Scheitern des »Projekts Europa« zu reden. Wer das tut, verfolgt politisch gesehen antieuropäische Interessen oder will sich in ein insulares Dasein flüchten, indem er die Wirklichkeit unserer Zeit glaubt ignorieren zu können.

Diese positive Grundeinstellung ist noch nicht zu einem »Hoffen gegen die Hoffnung« verkommen, denn immerhin hat der 1. Mai 2004 einen Schritt dokumentiert, der nicht nur in der europäischen Geschichte einmalig ist, sondern auch die Malaise eines halben Jahrhunderts, wenn nicht längerer Zeiträume aufhebt. Das alles gibt aber noch keine Berechtigung, die vorhandene kritische Situation zu ignorieren. »Kritisch« darf wohl in der Sprache der Medizin verstanden werden, weil es offensichtlich jener Eingriffe bedarf, die den Weg zu einer Heilung des Kontinents weiterführen. Neben der Freude über das, was Europa erreicht hat, muß wohl auch auf jene Bereiche hingewiesen werden, die der Lösung harren. Ebenso gilt es Haltungen auf-

zuzeigen, die alles andere als nützlich für den europäischen Gedanken sind. Ebenso sollten die handelnden Personen davon Abschied nehmen, sich selbst als großartig zu empfinden, weil es inzwischen deutlich wurde, daß die europäischen Bürgerinnen und Bürger es ohnehin anders sehen. Es ist wohl kaum möglich, über die Wahlergebnisse zum EU-Parlament und den Prozentsatz jener, die daran teilgenommen haben, hinwegzusehen und zur Tagesordnung überzugehen. Der Entschuldigungsmechanismen gibt es viele: die Wahlbeteiligungen sinken allgemein, die Bürger haben die Europawahlen mit nationalen verwechselt, es ist ein allgemeiner Populismus zu verzeichnen etc. Mag sein, daß einiges davon in der Analyse stimmt, für die Therapie sind jedoch prinzipiellere Ansätze notwendig. Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Kontinent an einem Kreuzungspunkt steht, wo es zu entscheiden gilt, welche Wege gegangen werden. Das kann kaum Gegenstand einer Kabinettsdiplomatie sein, das läßt sich nicht in Memoranden festhalten und wird auch nicht in vollmundigen Ankündigungen zu bewältigen sein. Eher schon sind es Arbeiten aus dem Bereich der Wissenschaft und der politischen Analyse, von Stiftungen und Visionären, nicht zuletzt von Medien wie es die »Europäische Rundschau« seit Jahren ist. Doch auch hier muß die Frage gestellt werden, ob die Auseinandersetzung in jener Breite stattfindet, die mit Blick auf die Zukunft notwendig ist. Ist es nicht auf ein kleines Häufchen von politischen Verantwortlichen, Journalisten, Intellektuellen, Analytikern und Paradeeuropäern beschränkt? Das ist eben jener kritische Punkt, der infolge der Tatsache, daß Europa so groß geworden ist, für die Zukunft unvermeidlich ist.

Europa – unvorhergesehen

Seit den Terrorakten gegen das *World Trade Center* und das Pentagon in den USA am 11. September 2001 gibt es neue Elemente auch in der Entwicklung der EU, die in das Kapitel »unvorhergesehen« fallen. Natürlich hat es die Politik an sich, daß es weder Szenarien noch Hochrechnungen gibt, die alle Situationen voraussehen können. Manches läßt sich erahnen oder ist durch seismische Vorzeichen spürbar, wenngleich man das Ausmaß der Veränderungen noch nicht abschätzen kann. In der Relation Europa – USA sind seit geraumer Zeit Spannungen spürbar, die nicht erst seit diesen schockierenden Ereignissen merkbar sind. Für die USA hat gewissermaßen die EU schon vorher an Bedeutung verloren, weil es die sowjetische Herausforderung nicht mehr gibt und das »freie« Europa nicht mehr geschützt werden muß. Die EU wiederum entwickelt ein neues Selbstbewußtsein und will als Partner und nicht als Satellit verstanden werden. Insbesondere seit Amtsantritt der Bush-Administration ist die Sensibilität der »Neuen Welt« gegenüber dem »alten Europa« nicht besonders groß, wobei die Interessen der Europäer natürlich in einer Reihe von Fragen andersgeartet sind als die der USA. Das geschickte Verhalten der Putin-Administration in Moskau hat einiges dazu beigetragen, um eine Distanz Europas zu Washington zu verstärken. Sicher ist auch die Kritik der Amerikaner berechtigt, daß die Attacken in New York und Washington von vielen Europäern als Geschehnisse betrachtet werden, die eigentlich nur die USA etwas angehen – was spätestens mit dem Attentat von Madrid falsifiziert wurde. Auch das Erinnerungsvermögen betreffend zweier Weltkriege, die im wesentlichen auf europäischem Boden ausgetragen wurden, erzeugt andere Bezüge zum Kriegsgeschehen als die Tatsache, daß außer Pearl Harbour 1941 der Boden der USA nie von einer kriegerischen Handlung

erreicht wurde. Mit der Rolle des »Weltpolizisten«, die allerdings von den USA offiziell zurückgewiesen wird, ergibt sich auch eine andere Handlungsdimension, wobei der immer wieder in den USA zitierte Satz »*The European Union is a global payer, but not a global player*« eine Rollenverteilung signalisiert. Wer zahlt, möchte schließlich auch bestimmen was geschieht, wobei die Fähigkeit der Europäer, gemeinsame Ziele zu entwickeln und danach auch das Handeln zu orientieren, streckenweise nicht sehr bezwingend ist

Das allein wäre schon ein hinreichender Grund, ein Überdenken der politischen Strategien zu verfolgen. Längst ist aber die Rolle Europas größer geworden, quasi zur kritischen Masse gediehen, um nicht auch stärker als bisher globale Faktoren einzuführen. Natürlich gibt es Begegnungen etwa mit den Lateinamerikanern oder mit den Asiaten (ASEM), aber ein weitreichender strategischer Ansatz wie in den USA, der streckenweise auch noch in Rußland vorhanden ist, fehlt. Am ehesten noch ist der Bereich der Wirtschaftsordnung vorhanden, wo die EU zum bedeutenden Spieler im Rahmen der WTO gediehen ist. Das ist auch in sich logisch, weil immerhin der gemeinsame Markt auch jener Bereich ist, in dem die Integration am weitesten gediehen ist. Wirtschaft geht aber nicht ohne Politik bzw. beeinflusst die Politik in ihren Auswirkungen. Die Versuchung für einige Mitgliedsstaaten (besonders Großbritannien) liegt auf der Hand, die EU als eine große Freihandelszone zu verstehen und die Politik den einzelnen Akteuren zu überlassen. Hier wirkt nicht nur für London die koloniale Vergangenheit nach, sondern auch vielleicht die Illusion, mit den Mitteln der Europäischen Union weiter einer Supermacht nahe zu kommen. Es ist verständlich, daß auch Frankreich zeitweise dieser Vorstellung erliegt.

Im Gegensatz dazu stehen die vordergründigen Probleme der nächsten Erweiterungsschritte. Die USA betreiben weiterhin einen raschen Beitritt der Türkei zur EU, wobei die Schwäche der Europäer in der Vergangenheit darin bestanden hat, Ankara nie klare Auskünfte zu geben. Es bleibt abzuwarten, wie zum Ende 2004 diese Frage gelöst wird. Jene europäischen Bürgerinnen und Bürger, die einer Erweiterung über den Bosphorus hinweg nichts abgewinnen können, werden damit getröstet, daß es »ohnehin noch lange dauern wird«, während offensichtlich auch als Migrationsergebnis innenpolitische Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielen. Es ist dabei darauf hinzuweisen, daß bereits vier Abgeordnete des EU-Parlaments türkischer Abstammung sind. Die Amerikaner werden wohl darauf hinzuweisen sein, daß für sie ein allfälliger Beitritt Mexikos als 51. Bundesstaat eine Reihe von Problemen bringt, die für die EU mit der Türkei ähnlich gelagert sind. Hilfreich ist sicher nicht die permanente Verwechslung von Akteuren des Terrorismus, von Osama Bin Laden und al-Kaida sowie der fundamentalistischen Strömungen des Islam mit den Qualitäten der Türkei. Neben den oft genannten Problemen betreffend Menschenrechte, Minderheiten, die Garantie der Demokratie durch die Armee etc. kommt auch noch die Frage, ob die EU bei einer Mitgliedschaft der Türkei der Aufgabe gewachsen ist, ein Nachbar von Syrien, Irak, Iran und den Kaukasusstaaten zu sein. Es ist schon fraglich, ob wir mit den bisherigen Ansätzen der »*European Neighbourhood Policy*« allein zurechtkommen werden. Wie üblich werden dabei Assistenzprogramme angeboten, die zur Verbesserung der Lage in Ländern wie der Ukraine und Moldawien, schon weniger Weißrußland, beitragen können, aber keine substantielle Strategie beinhalten. Noch kritischer wird die Frage in der Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation und letztlich auch den zentralasiatischen Republiken, die nach der

Philosophie der OSZE und der europäischen Organisation der UN (UNECE) ebenso zu Europa gehören. Teilweise gibt es auch Restposten aus früheren Ansätzen einer Mittelmeerpolitik (Beitrittskandidatur der Maghreb-Staaten) sowie Überlegungen, etwa Ägypten durch besondere Relationen zu stabilisieren oder den Israel-Palästina-Konflikt durch ein Engagement der EU zu lösen. Es darf bezweifelt werden, ob die gegenwärtige »Patchwork«-Politik der EU geeignet ist, solchen Herausforderungen gerecht zu werden.

Wachstum nach innen

Das heißt beileibe nicht aufgeben, sondern die Bedingungen zu schaffen, daß man diesen Herausforderungen gerecht werden kann. Das verlangt auch eine qualitative Änderung der gegenwärtigen Verfassungsdiskussionen für Europa. Es verdient festgehalten zu werden, daß der beschlossene Entwurf prinzipiell ein großer Schritt nach vorne ist. Man mag darüber streiten, ob der Begriff Verfassung schon berechtigt ist, ob es nicht nur ein weiterentwickelter Vertrag ist. Die größere Schwäche besteht zweifellos darin, daß das Dokument den Europäern schwer vermittelbar ist, es soll aber nicht verkannt werden, daß es einen großen Fortschritt darstellt. Wo liegen nun die kritischen Punkte? Jene Regelungen, die notwendig waren, um einen Kompromiß der Mitgliedsländer zustande zu bringen, sind auch jene, die kaum simpel in der Öffentlichkeit erklärbar sind. Ich bewundere jeden, der die Regelungen hinsichtlich der Einstimmigkeit und der Mehrheitsbeschlüsse aus dem Stand beherrscht, wobei es sicher noch einer Fülle von Informationen bedürfen wird, um diese Übereinkünfte auch anwendbar zu machen. An diesem Punkt liegt das große Wachstumsproblem der gegenwärtigen EU nach innen. Es ist zwar im Prinzip, daß »widening« und »deepening« gleichzeitig gemacht werden sollen, bis jetzt ist das diesmal noch nicht gelungen. Die Referenden in den einzelnen Ländern bleiben abzuwarten.

Meines Erachtens nach ist ein Qualitätssprung im Europaverständnis nötig, wobei man dazu sagen muß, daß Verfassungen nie mit einem Schlag und auch nicht von heute auf morgen entwickelt werden. Es bedarf vielmehr der kontinuierlichen Diskussion darüber, welche Entscheidungsebenen der Politik für Europa notwendig sind. Wenn die EU nicht eine bessere Freihandelszone bleiben soll, muß sie sich zu einem qualitativen Sprung entschließen, der letztlich bedeutet, daß es eine dem Parlament verantwortliche Regierung im Sinne der Gewaltenteilung gibt. Das gegenwärtige Konzept, bei dem vom Europäischen Rat und in Gipfeltreffen die Probleme gelöst werden, ist für eine Handlungsfähigkeit der EU selbst nicht weiter tragfähig. Das ist keine primitive Kritik am Ministerpräsidenten und den Ministern, sondern eine Logik des Systems. Hier können die letzten Wahlen zum EU-Parlament ein deutlicher Hinweis sein. Die meisten Regierungen der Mitgliedsstaaten wurden für ihre nationale Politik bei einer europäischen Wahl abgestraft, wobei sie eigentlich als Erfolgserlebnis etwa Schengen und den Euro ausweisen könnten, wovon aber niemand sprach. Vielmehr wurde eine Renationalisierung Europas versucht. Die Gelegenheiten sind uferlos, bei denen jeweils von Regierungen und deren Chefs in der nationalen Öffentlichkeit darauf hingewiesen wurde, welch ungeheuren Sieg sie in Brüssel wieder einmal errungen hätten, um nationale Interessen zu wahren oder durchzusetzen. Wer vertritt dann eigentlich Europa? Den Buchstaben des Vertrages nach sollte es eben der Europäische Rat, also die Summe der Regierungen tun.

Zweikammersystem für Europa

Ist damit gemeint, daß der Nationalstaat seine Rolle beenden muß? Keineswegs, davon sind wir meilenweit entfernt und es wäre auch nicht sinnvoll. Mit der Zeit ist allerdings ein System anzudenken, das etwa in einer Zweikammernentwicklung liegen könnte. So sehr manchmal die Schweiz verlacht wird, aber daß die Repräsentanz der Kantone gleichberechtigt ist, macht ihren Sinn und hätte für die EU längst die Debatte um »Große und Kleine« überflüssig gemacht. Hier wäre auch das politische System der USA anzuführen, wenn das nicht gegenwärtig in der europäischen Öffentlichkeit kontraproduktiv wäre. Neben dem Hinweis auf die Parlamentswahlen der EU muß hier auch daran erinnert werden, daß jeweils durch nationale Wahlen die europäische Politik blockiert wird, wodurch die internen politischen Konflikte der einzelnen Mitgliedsländer auf die europäische Ebene übertragen werden. In Wahrheit ist es nicht so, daß »Brüssel« alles an sich zieht, sondern die Mitgliedsstaaten jeweils ihre politischen Probleme in Brüssel hineinprojizieren. Das extremste Beispiel ist wohl die Situation Polens, das Entscheidungen mitgestaltet hat, ohne eine eigentlich legitimierte Regierung zu haben. Die Transitfrage ist ein solches Beispiel für Österreich, wo Brüssel etwas in die Schuhe geschoben wird, was zu Hause zu lösen wäre.

Der nun in einer unerträglich langen Zeitperspektive etablierte neue Außenminister der EU (warum muß man bis 2006, 2009 oder 2014 damit warten) wird die Grenzen seiner Möglichkeiten sehr bald erleben, denn eine Außenpolitik ohne gesamthaft handlungsfähige EU-Regierung wird nicht sehr erfolgreich sein. Dazu gehört genauso die Frage der Sicherheit und der Verteidigung, so daß eigentlich eine Art von europäischem Innenministerium und Verteidigungsministerium genauso anzudenken wäre. Bei einer Reihe von anderen Fragen wäre es eigentlich nur eine Frage der Logik, den nächsten Schritt zu setzen. Die scharfe Kritik, die etwa Deutschland an der Slowakei hinsichtlich der »flat tax« (19 % gegen 35 %) übt, sollte eigentlich dazu führen, daß wir längst in einem Prozeß der Steuerharmonisierung sein müßten. An lächerlich kleinen Beispielen zeigt sich die heutige Problematik, wenn man etwa die Schlangen an österreichischen Tankstellen entlang der deutschen Grenze verfolgt. Wer es grundsätzlicher sehen will, wird zustimmen, daß die gemeinsame Währung auf die Dauer auch eine gemeinsame Budget- und Steuerpolitik verlangt. Der Stabilitätspakt ist ein erster Schritt dazu, ist mit Sicherheit zu verbessern, aber auch gleichzeitig eine Notwendigkeit, nicht so sehr für das Außenverhältnis des Euro als vielmehr für seinen inneren Wert. Bei der Gelegenheit soll auch angemerkt werden, daß längst wirtschaftliche Unternehmen, weiters Forschung und Entwicklung auch Europa vor Tatsachen stellen, die die europäische Politik gar nicht mehr beeinflussen kann. Noch gibt es einige Erfolge hinsichtlich der Einsprüche bei globalen Firmenzusammenschlüssen, aber auf die Dauer wird deutlich, daß selbst einer integrierten Wirtschaftspolitik globale Grenzen gesetzt sind. Umso mehr ist es notwendig, auf globaler Ebene europäisch handlungsfähig zu sein. Das GPS-System wird in den USA staatlich finanziert und durchgeführt, während die Europäer sich auf »Public Private Partnership (PPP)« festgelegt haben, was die Durchführung zeitlich verschiebt oder unmöglich macht. Das umgekehrte Beispiel einer Verantwortungsverschiebung ist die deutsche Sehnsucht nach einem »Superkommissär« für Wirtschaftsfragen. Weil offensichtlich der »Superminister« auf nationaler Ebene

keine Lösung ist, glaubt man, den notwendigen Paradigmenwechsel europäisch durchsetzen zu können, wenn er national nicht gelingt.

Zu einer funktionsfähigen Aufgabenverteilung gehört aber auch, daß nicht nur die oberste europäische Ebene entsprechend gestaltet wird, sondern daß man auch Regionalisierung und Dezentralisierung ernst nimmt. Die einschlägigen Diskussionen zum Krümmungsradius der Gurke sind eher dümmlicher Natur, denn alle diese Regelungen wurden schließlich mit Zustimmung der Mitgliedsstaaten beschlossen. Viel entscheidender wäre es, dem »Europa der Regionen« mehr Kraft zu geben. Auch hier sind die Mitgliedsstaaten das eigentliche Hemmnis, weil sie hier Macht abgeben müßten. Es sind aber nun einmal die Probleme des Donaupraums oder entlang des Rheins, im Raum der Alpen oder rund um die Ostsee unterschiedlich und auch für kleinere Staaten längst nicht mehr durch die nationale Ebene gestaltbar. Damit könnte es zu einer Aktivierung von politischen Kräften für Europa kommen, die gegenwärtig nur ohnmächtig zusehen können, wenn der Zusammenschluß der nationalen Ebenen auf europäischer Ebene nicht in der Lage ist, Probleme zu lösen (siehe Alpentransit).

Gebt Europa mehr Raum!

Damit ist sicher nicht gemeint, daß Europa räumlich expandieren muß – im geographischen Sinn. Diese Expansion ist notwendig im Sinne des politischen Lebens der Öffentlichkeit und wohl auch der Zeit, die wir Europa widmen. Den meisten Parteien ist es bei den Europawahlen nicht gelungen, Europa überhaupt zu thematisieren. Es ist nicht erklärbar, warum man einer Regierung die »rote Karte« durch Stimmabgabe zeigen sollte, denn die Regierungskoalition selbst stand gar nicht zur Wahl. Es ist auch unverständlich, wenn jemand als »Vaterlandsverräter« bezeichnet wird, wenn er in einer europäischen Diskussion eine Position zur Regierungsbildung im eigenen Land bezogen hat. Die Liste unter der Überschrift »Thema verfehlt« ließe sich beliebig fortsetzen und gilt nicht nur in Österreich, sondern für alle Mitgliedsstaaten. Auf die Dauer wird die Heranbildung europäischer Parteien nicht zu vermeiden sein, denn sonst wird »*single issue policy*« à la Hans Peter Martin oder der englischen Anti-Europäer-Partei nicht zu vermeiden sein. Leider gibt es keine europäische Öffentlichkeit, die solche Zustände überhaupt sichtbar macht. Der Journalist Martin hat es etwa in einer Diskussion nach dem Ergebnis der EU-Wahlen verstanden, die Situation Europas messerscharf und klug zu analysieren, wobei seine Darstellung, mit dem, was er im Wahlkampf geboten hat, nicht das geringste zu tun hatte. Die »*Euronews*« leisten so gut wie keinen Beitrag zu einer echten europäischen Diskussion, sie sind vielmehr eine Art Nachrichtenagentur auf schlichtem Niveau. Die ohnehin in der Zeit liegende Verprovinzialisierung im Sinne einer permanenten Nabelschau wird dadurch noch gefördert. Eigentlich sollte es politische Diskussionen geben, bei der die Parlamentarier national gemischt in eine politische Auseinandersetzung eintreten.

Ebenso müßten die Abgeordneten den Bürgerinnen und Bürgern mehr Zeit widmen. Die gegenwärtige Regelung, drei Wochen im Monat parlamentarische Arbeit zu leisten und nur eine Woche im Wahlkreis zu sein, ist ungenügend. Ein 50:50-Verhältnis wäre anzustreben. Da die Zahl der Parlamentarier in jedem Land notwendigerweise relativ klein sein muß, wäre eine stärkere Präsenz gegenüber dem Stimmbürger

dringend notwendig. So rasch kann niemand rotieren, um den gegenwärtigen Mangel zu beseitigen. Auch die Verklammerung zwischen dem Europaparlament und den nationalen Parlamenten bedarf einer Verbesserung. Die Tagesordnungen der nationalen Parlamente haben in den seltensten Fällen etwas mit Europa zu tun und verkennen die Tatsache, daß in vielen Bereichen längst die wichtigsten Entscheidungen auf europäischer Ebene fallen. Jedenfalls für Österreich kommt noch die Tatsache dazu, daß die elektronischen und die Printmedien Europa immer weniger Platz einräumen. Es wäre interessant, eine Gegenüberstellung der Platz- und Raumverhältnisse zwischen europäischer Politik und der Euro-Fußballmeisterschaft vorzunehmen. Ich glaube, daß der Fußball eindeutiger Sieger ist.

Mehr Zeit braucht Europa auch selber. Die gegenwärtigen Räte in Brüssel degenerieren mehr und mehr zu einem Kurzzeitaufenthalt der wirklich Verantwortlichen. Aus eigener Beobachtung kann ich feststellen, daß die meisten Ratsmitglieder einfliegen, verspätet zur Sitzung kommen, an dem für interne Aussprachen vorgesehenen Mittagessen teilnehmen und dann entweder in Brüssel selbst Termine wahrnehmen oder wieder nach Hause fliegen. Auch hier werden die Grenzen der Räte klar. Ebenso verdient Beachtung, daß in den meisten Fällen das Schwergewicht der Mitwirkung noch in den Außenministern bzw. bei Europaministern und Staatssekretären liegt, während die Entscheidungen längst in alle anderen Ressortbereiche tief eingreifen. Eine Ausnahme scheint der ECOFIN zu sein, aber da geht es eben um das Geld. Die Darstellung dieser Situation unterbleibt aber, so daß in der politischen Diskussion bei den Verantwortlichen in den jeweiligen Ländern, aber auch bei den Betroffenen nicht so recht eine Auseinandersetzung zustande kommt, welches Wirtschaftskonzept Europa verfolgt, was in der Bildung geschieht, um etwa den Bologna-Zielen gerecht zu werden, wie eine europäische Forschung aussehen soll, um global konkurrenzfähig zu sein und was zur Frage der Sicherheit wirklich geschehen muß.

Welches Europa?

Es ist eine eindeutige Klärung herbeizuführen, welches Europa die 25 Mitgliedsstaaten und mögliche neue Mitglieder anstreben. Eine Fragestellung in der Spannweite zwischen Freihandelszone und wirklich integriertem Kontinent ist schon genannt worden. Man sollte eher die Härte der Diskussion verschärfen und Mitgliedsstaaten deutlich sagen, daß sie auch die EU verlassen können, wenn sie die angestrebten Ziele nicht erreichen wollen. Wenn das »*opting out*« in wesentlichen Fragen z. B. bei der Verfassung zur Regel wird, kann man ein gemeinsames Europa vergessen. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung und des »*Center for Applied Policy Research*« (CAP) der Universität München wurde im Dezember 2002 unter dem Titel »*Bridging the Leadership Gap*« eine Strategie vorgestellt, die nach wie vor richtig ist. Sie greift tiefer als die übliche Kritik (zuviel Bürokratie, mangelnde Problemlösung, unverständlich für die Öffentlichkeit). Es wird vielmehr ein zukunftsorientiertes Denken verlangt, das nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern die langfristige Strategie berücksichtigt und Stabilität, Wohlstand und Sicherheit sowie die europäischen Werte verfolgt, wobei es auch die Kapazitäten der Politik geben muß, das durchzuführen. Über die notwendige Handelsfähigkeit dazu wurde bereits gesprochen, die allerdings auch nicht ohne die Sicherstellung prägender Mittel und Möglichkeiten zur Erreichung der Ziele auskommen wird. Die Kläglichkeit der Dis-

kussion etwa über die Obergrenze der Beiträge zur EU (1% des BNP) zeigt das sehr deutlich. Hinsichtlich der Konsistenz wird in der Studie verlangt, dafür zu sorgen, daß aufgestellte Regeln und Ziele realisiert werden können (z.B. Stabilitätspakt). Von entscheidender Bedeutung ist die Vertrauenswürdigkeit: die Entscheidungswege und die Repräsentanten der Europäischen Union müssen so einfach und transparent wie möglich sein. Eine europäisch-politische Kultur ist zu entwickeln, die gemeinsamen Zielen folgt, Symbole teilt und in großen Perspektiven des Kontinents folgt. Seit Nizza etwa bis hin zu den letzten Entscheidungswegen wurde das eindeutig vernachlässigt. Daraus ergibt sich auch ein Beitrag zur Verständlichkeit: der europäische Bürger soll nicht nur bei Wahlen und in Fällen der Solidarität (z.B. bei Katastrophen) im Mittelpunkt stehen. Es darf bezweifelt werden, ob gegenwärtig eben dieser Bürger der Herr und Adressat der Entwicklung ist. Vielleicht ist es auch ein Problem der gegenwärtig handelnden Generation der Politiker in allen Staaten ohne Unterschied der Parteibindung, daß sie nach dem einigenden Band der Kriegserlebnisse und der Nachkriegszeit, wie es für de Gaulle, Konrad Adenauer, Paul Henry Spaak, Alcide de Gasperi und der darauffolgenden Nachkriegsgeneration vom Zuschnitt eines François Mitterrand und Helmut Kohl galt, relativ weit entfernt sind. Ich habe aber die Hoffnung, daß eine jüngere und junge Generation heranwächst, die ganz selbstverständlich europäischer ist, als das die gegenwärtig handelnden Personen über die Rampe bringen. Zu sehr sind es persönliche Einstellungen, die zum Inhalt des Gemeinwohls gemacht werden.

Der Grund mag aber auch darin liegen, das offensichtlich keine Klarheit über die so oft zitierten »europäischen Werte« besteht. Das ist umso schmerzlicher, weil die Veränderungen von 1989/90 nicht durch politische Machtmittel, sondern durch die Kraft des Geistes bewirkt wurden. Unvergeßlich ist der Beitrag von Solidarność (»den Menschen die Würde wiedergeben«), großartig, was Václav Havel (»Versuch in der Wahrheit zu leben«) und andere Dissidenten hier im Sinne der europäischen Wertegemeinschaft und des europäischen Geistes geleistet haben. Offensichtlich ist das aber im Moment verloren, wobei man positiv feststellen kann, daß wenigstens die Frage immer wieder gestellt wird, was »Europa« bedeutet und welche Werte Europa zusammenhalten. Es ist wohl von der »Rekonstruktion Europas vor allem als geistiger Kontinent« zu reden. Es gibt die verschiedenen Versuche, das zu definieren. Der französische Philosoph Rémi Brague hat versucht, die europäische Identität an die römischen Wurzeln, an die »Latinität« zurückzubinden. Sicher hat die Idee des römischen Rechts ebenso eine große Bedeutung gehabt wie die der Philosophie der griechischen Antike. Ebenso ist das, was heute oft abfällig als »christliches Abendland« bezeichnet wird, prägend, eignet sich aber nicht, daraus eine Konfrontation mit dem »islamischen Morgenland« abzuleiten, weil heute sowohl Orient als auch Okzident unterschiedlich, vielfältig und durchmischt geprägt sind. Auch der Einfluß des Judentums gehört genauso zum europäischen Erbe wie die Aufklärung, die Säkularisierung, die Wissenschaftlichkeit und der Rationalismus, wie Konrad Paul Liessmann immer wieder darauf hinweist. Auch der Nationalismus soll nicht unterschätzt werden, der in seinen extremen Positionen ebenso einen negativen Erfahrungsschatz darstellt wie so manch andere Katastrophe, die auch genuin europäisch ist. Das alles hat sich unterschiedlich auf die Länder oder vielmehr auf die Völker ausgewirkt. Das was aber noch fehlt ist die »Europäisierung Europas«, wobei es nicht so sehr darauf ankommt, zu wissen, wann Europa geboren wurde oder wie weit es reicht, sondern

was als gemeinsamer bindender Inhalt festgestellt werden kann. Hier wird es die verschiedensten Abstufungen geben, wie sie etwa am Beispiel Rußlands deutlich wird. Der russischen Literatur, dem russischen Denken etc. die europäische Dimension abzusprechen, wäre eine totale Verkennung. Es wird jedoch angesichts der Situation der Russischen Föderation allein nicht reichen, Grundlage einer entsprechenden Mitgliedschaft in der EU zu sein. Ebenso ist es notwendig, die unterschiedlichen Ausprägungen religiösen Denkens zu wissen und diese Vielfalt zu nutzen. Allein schon die Einstellung zum Staat aus der katholischen, protestantischen oder orthodoxen Sichtweise ist schon äußerst unterschiedlich, wenngleich auch in einigen Reichsideen (Rom, Byzanz, Moskau) wieder ungeheure Parallelitäten festzustellen sind. Daß selbstverständlich die jeweilige eine Idee der anderen als allein erlösend dienen will, ist außer Frage. Selbst bei der Erweiterung der EU ist manchmal der »Erlösungscharakter« der EU vorangestellt worden.

Das alles braucht nicht zu deprimieren, denn eine politische Einheit in Europa hat es bislang nie gegeben. Dem kann gegenübergestellt werden, was José Ortega y Gasset gemeint hat, daß die Europäer schon deshalb Europäer sind, weil sie auf eine ähnliche Art und Weise fühlen, denken, Kunst und Wissenschaft betreiben und lieben. Mag sein, daß darin die Bedeutung des Begriffes »Wiedervereinigung« liegt, der für die europäische Staatenwelt des beginnenden 21. Jahrhunderts gebraucht und damit eigentlich auch mißbraucht wird. Europa hat schon eine Reihe von Werten fixiert, die etwa in den vier großen Freiheiten, nämlich des Kapitalverkehrs, des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und des Reiseverkehrs zum Ausdruck kommen. Sie streng zu beobachten ist auch berechtigt. Wohl aber bedarf es Initiativen, die diesen Bestand erweitern. Dafür kann schwerlich eine Kommission zuständig sein oder ein Ministerrat. Es wird wohl notwendig sein, den geistig-kulturellen Prozeß zu verstärken, der diese europäische Wertegemeinschaft vermittelt. Der Prozeß zur Einigung Europas wurde quasi irrational ausgelöst – aus der Kenntnis, daß ein hilfloses Europa »unerträglich« ist. Die Emotionalität dazu wurde durch die schrecklichen Erlebnisse zweier Weltkriege und deren Zerstörungen, mehr noch durch die geistigen Zerstörungen totalitärer Systeme bewirkt. Es bedarf einer neuer Qualität der Emotion »Europa«. Es wird nur möglich sein, die globale Rolle des Kontinents wahrzunehmen, den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zu bewältigen, die sozialen Fragen zu lösen und die Weiterentwicklung der Menschenrechte und -würde voranzubringen, wenn es auch dazu einen Eros, eine Liebe zu Europa gibt. Es sei nicht geleugnet, daß wenigstens öffentlich diese Einstellung momentan fehlt oder ganz selten erwähnt wird. Es braucht eine Liebeserklärung zu diesem Kontinent, zur Aufgabenstellung der Zukunft und zum einmal eingeschlagenen Weg. Vieles spricht dafür:

- Europa kann selbst sein Schicksal im 21. Jahrhundert entscheiden.
- Bis jetzt ist es schon gelungen, eine Zone des Friedens und der Stabilität zu entwickeln.
- An die Stelle des politischen Wettbewerbs und der wirtschaftlichen Konflikte treten mehr und mehr gemeinsame Ziele und kooperative Verantwortung.
- Es ist ein faszinierendes Projekt, das insbesondere einer jungen Generation die Möglichkeit gibt, aus der Vergangenheit im Guten wie im Schlechten zu lernen und sich ihre Welt herauszubilden.
- Alles, was der Mensch erfunden und entwickelt hat, kann für diese Ziele genutzt werden.

- Die Sinnegebung des Lebens erhält zusätzliche Argumente dadurch, daß neue Horizonte erschlossen wurden und werden, die uns ein Stück näher jener Vollkommenheit bringen, die der Mensch grundsätzlich immer anstrebt, aber nie erreicht.
- Europa ist zwar eine Art »Unvollendete«, aber gerade diese Begrenztheit unseres Bemühens bringt eine Faszination menschlichen Wirkens.

Europa ist eben nicht eine schlampige Liebesgeschichte, wie sie der in einen Stier verwandelte Zeus mit der mythischen Schönheit der antiken Europa verbotenerweise absolviert. Nicht verschlagen oder verkleidet, sondern offen und liebend müssen wir auf die Zukunft Europas zugehen, wohl wissend, daß uns aus der Erfahrung dieses Kontinents viel Kraft zuwächst, um sie nach eigenem Talent und mit gutem Willen zu einer Erfolgsstory zu machen.

Österreich hat eine europäische Aufgabe. Leider hat seit dem positiven Referendum 1994, das uns in die EU gebracht hat, diese Wahrnehmung der Aufgabe gelitten. Zunächst war es die Hinwendung zum Inneren, die Bewältigung einer in sich schwierigen Koalition, die typisch österreichische Gekränktheit bei den Sanktionen und schließlich die immer noch fehlende totale öffentliche Akzeptanz, daß die Erweiterung eine ungeheure Chance und eine gewaltige Verbesserung für Österreich selber bedeutet. Karl Kraus meinte, daß Österreich eine »Versuchsstation für Weltuntergänge« sei. Ich bin überzeugt, daß Österreich eine Versuchsstation für positive Entwicklungen Europas sein kann, weil gerade die gegenwärtige Positionierung uns eine Fülle von Möglichkeiten gibt. Die Reise in das Innere Europas ist noch anzutreten, wobei es ganz praktische Dinge sein könnten, wie es eine Akzeptanz der Partner, realisierte regionale Partnerschaft, eine Betonung der kulturellen Herausforderung Europas und die Faszination der Vielfalt ist. Die Frage »Wohin führt der Weg?« ist gestellt, wir können sie aber auch beantworten. Orientierungsmöglichkeiten gibt es genug – Hilflosigkeit ist keine Lösung!